

Zitierhinweis

Hammel, Ina: Rezension über: Sebastian Lotto-Kusche, Der Völkermord an den Sinti und Roma und die Bundesrepublik. Der lange Weg zur Anerkennung 1949–1990, Berlin ; Boston: De Gruyter Oldenbourg, 2022, in: Einsicht. Bulletin des Fritz Bauer Instituts, 2024, S. 115, <https://recensio-stag.lorax.syslab.com/r/08923e5fc0604805a259a8eeeadeee36>

Einsicht
*Bulletin des
Fritz Bauer Instituts*



copyright

Dieser Beitrag kann vom Nutzer zu eigenen nicht-kommerziellen Zwecken heruntergeladen und/oder ausgedruckt werden. Darüber hinausgehende Nutzungen sind ohne weitere Genehmigung der Rechteinhaber nur im Rahmen der gesetzlichen Schrankenbestimmungen (§§ 44a-63a UrhG) zulässig.

Zur Bedeutung alter Allianzen



Sebastian Lotto-Kusche

Der Völkermord an den Sinti und Roma und die Bundesrepublik. Der lange Weg zur Anerkennung 1949–1990

Berlin: De Gruyter Oldenbourg, 2022, 264 S., € 24,95

Bis der nationalsozialistische Völkermord an den Sinti und Roma von der Bundesrepublik anerkannt wurde, dauerte es bis 1982. Sebastian Lotto-Kusche geht dieser Entwicklung von 1945 bis 1990 in seiner Dissertation nach und betrachtet die Gründe für diese Entwicklung. In seiner Studie zeichnet er den diskursiven Wandel, wie er dies nennt, vom »kriminalpräventiven« zum »genozidkritischen Denkstil« nach. Lotto-Kusche arbeitet heraus, dass 1945 bis in die frühen 1980er Jahre der »kriminalpräventive Denkstil« in Politik, Polizei und Gesellschaft Westdeutschlands dominant gewesen sei. Sinti und Roma seien nach diesem nicht als rassistisch Verfolgte erachtet, sondern als gesamte Minderheit kriminalisiert worden, was zu fortwährender polizeilicher Verfolgung geführt und ihre Anerkennung als NS-Opfer eingeschränkt oder ganz ausgeschlossen habe. In seiner Studie zieht Lotto-Kusche neues Archivmaterial unter anderem aus Bundesbehörden heran und kommt zu neuen Erkenntnissen bezüglich innerbehördlicher Aushandlungen.

Obwohl sich bereits 1946 Zeitzeugen und Zeitzeuginnen aus der Minderheit der Sinti und Roma öffentlich äußerten, war der Blick auf die Minderheit bis in die 1970er Jahre in Verwaltung und Öffentlichkeit geprägt von alten Vorurteilen, und die Stimmen der Überlebenden wurden kaum gehört. Sinti und Roma tauchten in Analysen des Nationalsozialismus als Opfergruppe kaum oder gar nicht auf. Der Völkermord an den Sinti und Roma wurde nicht als solcher anerkannt, sondern als »kriminalpräventive« Aktion gegen eine als deviant angesehene Minderheit legitimiert. Dies ging so weit, dass 1950 ein Richter die generelle Zeugenfähigkeit von Sinti und Roma infrage stellte und 1956 der Bundesgerichtshof in einem Grundsatzurteil ihre Anerkennung als NS-Opfergruppe einschränkte. Personelle Kontinuitäten auf der Täterseite sowie alte Allianzen stabilisierten diese Perspektive und verhinderten die Bestrafung von nationalsozialistischen Tätern und Täterinnen sowie eine Anerkennung der Opfer. Erste Gegenstimmen sowohl aus der Polizei als auch aus verschiedenen Bundesministerien meldeten sich zwar bereits Ende der 1950er Jahre, konnten sich jedoch nicht durchsetzen und wurden regelrecht bekämpft.

All dies ist nicht neu. Interessant an Lotto-Kusches Analyse ist jedoch der Blick auf einzelne Akteure, wie zum Beispiel auf Hermann

Arnold, welcher im Nationalsozialismus und in der Nachkriegszeit mit Robert Ritter und Eva Justin aus der einstigen Rassenhygienischen Forschungsstelle in Kontakt gestanden hatte, oder auf den Mitarbeiter des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit Karl-Heinz Kursawe und ihre Netzwerke. Hierbei zeigt Lotto-Kusche die Bedeutung des Generationenwechsels, welcher alte Allianzen schwächte und in den 1960er Jahren den »kriminalpräventiven Denkstil« erstmals ernsthaft herausfordern konnte. Neue diskursive Verhältnisse ermöglichten 1963 die Revision des skandalösen Grundsatzurteils des Bundesgerichtshofs. Auch entstand innerhalb der Bundesregierung erstes Interesse, welches zwar noch nicht die Selbstorganisationen der Sinti und Roma als legitime Vertretungen anerkannte, aber ab den 1970er Jahren dem Thema Aufmerksamkeit schenkte – wenn auch zunächst ohne konkrete Konsequenzen.

Es dauerte noch bis Ende der 1970er Jahre und bedurfte des starken Drucks durch Demonstrationen der Angehörigen der Selbstorganisationen, bis diese als Vertreter und Vertreterinnen ihrer Interessen gehört wurden und sich die Bundesregierung mit dem Thema ernsthafter befasste.

Die mit Archivmaterial aus Behörden gespickte Analyse zeigt Momente und Potenziale, die bereits zu einem sehr viel früheren Zeitpunkt den »kriminalpräventiven Denkstil« hätten herausfordern können. Dass dies nicht geschah, lag einerseits an gesellschaftlich tiefsitzenden Vorurteilen und am Desinteresse, sich eingehend mit dem Thema auseinanderzusetzen, andererseits an Akteuren, welche aktiv gegen eine gesellschaftliche Anerkennung von Sinti und Roma arbeiteten.

Interessant sind die frühen kritischen Stimmen gegen den dominierenden Diskurs, die sich schon in den 1950er Jahren in Polizei und Politik erhoben. Allerdings besteht in Lotte-Kusches Darstellung die Gefahr, dass diese zu sehr betont und als gesellschaftliche Entlastung missverstanden werden. Sie waren und sind bis heute Randphänomene, welche es selten in dominante und breitenwirksame Diskursräume schaffen. Der Blick auf eine diskursive Verschiebung darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich in allen gesellschaftlichen Bereichen bis zum heutigen Tag die Zuschreibung von Kriminalität sowie Forderungen nach restriktiven kriminalpolitischen Maßnahmen gegen Sinti und Roma halten. Dies zeigt die Leipziger Autoritarismus-Studie¹ sehr eindrücklich. Eine solche gesellschaftliche Einordnung der Ergebnisse hätte in der Dissertation stärker herausgestellt werden können.

Ina Hammel

Offenbach

.....
¹ Vgl. Oliver Decker u.a. (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen?* Leipziger Autoritarismus Studie 2022, Gießen 2022, S. 72 f.